

**184. Beilage im Jahr 2023 zu den Sitzungsunterlagen  
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

---

**Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg**

Beilage 184/2023

An das  
Präsidium des Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Bregenz, am 07.12.2023

**Betreff: Grenzüberschreitender Verkehr: Endlich von Einzelmaßnahmen zu einer Gesamtstrategie!**

Sehr geehrter Herr Präsident,

Vorarlbergs grenzüberschreitende Verkehrspolitik mit unseren Nachbarn ist geprägt von Einzelmaßnahmen und einem Flickwerk, das sich nicht zu einem Gesamtbild zusammensetzen lässt. Vor gut 20 Jahren beschloss man, den Stadttunnel in Feldkirch als Landesstraße zu bauen, ein begleitender Ausbau der grenzüberschreitenden Bahnstrecke wurde vertagt. In diesen Jahrzehnten wurde der Stadttunnel als Tunnelspinne geplant, die Kosten stiegen von budgetierten 160 Millionen Euro fast auf das Doppelte an, die Bundesförderung blieb allerdings bei 40 Millionen. 2024 werden diese Förderungen aufgebraucht sein, den Tunnel gibt es immer noch nicht und die Frage des Bahnausbaus ist dringlicher denn je. In der Zwischenzeit entstanden allerdings nur Kosten und weitere Belastungen für den Schuldenhaushalt.

In Folge des Staus in Feldkirch hat dieser sich auch im mittleren Rheintal gehalten. Jede Lösung wäre in Konkurrenz zum Stadttunnel gestanden, deshalb wurde in Vorarlberg gar nicht nach dieser gesucht, sondern das Agglomerationsprogramm Rheintal mit dieser Aufgabe betraut. Alle bisherigen Vorschläge laufen aber ebenfalls auf Landesstraßen hinaus, von denen ähnliche Budgetauswirkungen wie vom Stadttunnel zu erwarten wären.

Und auch noch weiter im unteren Rheintal steht es. Seit gut 60 Jahren wird über eine hochrangige Autobahnverbindung diskutiert, mit der Volksabstimmung in Lustenau im November 2023 wurde zumindest eine vorgeschlagene Variante von der Bevölkerung klar abgelehnt. (1) Übrig bleiben also wieder Landesstraßen und die mittlerweile baufällige Brücke zwischen Lustenau und Au. Das alles bringt für das Landesbudget Belastungen und auch hier kann von Ausbau der Bahn als Alternative keine Rede sein. Immerhin wurde die Bahnbrücke über den Rhein um wenige Zentimeter zu schmal gebaut, sodass ein zweispuriger Ausbau unmöglich ist.

Gerade die Volksbefragung in Lustenau hat gezeigt, dass die Bevölkerung von der geplanten CP-Variante der S18 alles andere als begeistert ist. Alternativen eindringlich zu prüfen und so eine Entlastung auf den Weg zu bringen, ist deshalb unausweichlich und eine politische Notwendigkeit - Diskussionsverweigerung kann jedenfalls nicht das Ergebnis dieses klaren Votums sein. Es bringt aber auch die Chance in einem

Gesamtkonzept günstigere Alternativen zur CP-Variante - sowohl finanziell als auch ökologisch - auf den Weg zu bringen.

Will man von der Schweiz als Anhaltspunkt weg und sieht sich die Wege nach Deutschland an, wird die Situation kaum besser. Die Bahn tuckert einspurig den Bodensee entlang und der Pfändertunnel ist zwar ausgebaut und wird jährlich von gut einer Million LKWs durchfahren, ob oder inwiefern ein Ausbau des Verkehrs in die Schweiz diesen aber zu einem Nadelöhr und weiteren Staus führen würde, müsste erst im Zuge der Genehmigung der S18 berechnet werden. Immerhin eine parteiübergreifende Initiative und ein "Bekenntnis zum Bahnausbau im Unteren Rheintal" ist ein Hoffnungsschimmer, der aber erst in einem Gesamtkonzept erleuchtet kann.

In Summe fehlt eine Gesamtstrategie für das gesamte Rheintal und ein Plan B für die S18, die aus mehreren Gründen auf sehr wackeligen Beinen steht. Und selbst bei einer Umsetzung, stellt die S18 allein keine nachhaltige Mobilitätslösung dar, die zukünftigen Generationen mit gutem Gewissen verkauft werden kann. Betrachtet man aber nicht nur das Ergebnis der Volksabstimmung in Lustenau, sondern auch die Wahlbeteiligung, sieht man, dass die Bevölkerung von dieser Debatte ganz offensichtlich ermüdet ist. Es ist an der Zeit, die Perspektive der Vorarlberger Verkehrspolitik grundlegend zu überdenken. Jahrelange Diskussionen ohne Ergebnis dürfen nicht mehr fortgesetzt werden. Die Politik der großen Worte ist am Ende und es wird Zeit, dass jemand die Verantwortung für ein modernes und funktionierendes Landesverkehrsmodell übernimmt. Wir NEOS sind bereit, sofort damit anzufangen und bringen dafür folgenden Antrag ein.

(1) <https://vorarlberg.orf.at/stories/3233062/>

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

## **ANTRAG**

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

***„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, umgehend***

- 1. ein Landesverkehrsmodell zu erstellen, mit welchem die grenzüberschreitenden Verkehrsströme für das gesamte Rheintal für Straße und Schiene simuliert und (für verschiedene Lösungsszenarien) prognostiziert werden können,***
- 2. ein Lösungsszenario für den grenzüberschreitenden Verkehr zu entwickeln, in welchem der Güter- und Personenverkehr vorrangig auf die Schiene gebracht wird und damit Straßenverbindungen im gesamten Rheintal entlastet, sowie leistungsstarke Verkehrslösungen für die Nord-Süd- und Ost-West-Achse stufenweise umgesetzt werden können,***
- 3. den erforderlichen Neubau der Brücke Au-Lustenau in eine Gesamtstrategie des grenzüberschreitenden Verkehrs zu integrieren und als Teil einer echten Lösung als Alternative zur CP Variante der S18 nutzen. Das bedeutet für die Entlastung des unteren Rheintals eine Kombination von***

**Schienerausbau, Autobahnanschlüssen "Brugger-Areal Höchst" und einer Brücken-/Tunnellösung als direkte Verbindung der Schweizer Autobahn mit der Bundesstraße B204 und Anschluss Dornbirn-West, die eine Lösung Rheinüberquerung südlich der bestehenden Brücke und nicht am alten Standort, oder direkt daneben inkludiert und**

- 4. den Baustart der Tunnelspinne Feldkirch auf "on-hold" für eine allfällige Redimensionierung des Projektes zu setzen, bis eine Gesamtstrategie für den grenzüberschreitenden Verkehr für das untere, mittlere und obere Rheintal und eine Gesamtfinanzierung gemeinsam mit dem Bund und unseren Nachbarn vorliegt.“**

LAbg. KO Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LAbg. Fabienne Lackner